

## 2. Begriffsklärungen, Forschungsstand und Entwicklung einer Agenda für wachstumsstärkende Strukturreformen

In diesem Kapitel werden zunächst die zentralen Begriffe „Wachstum“ und „Reform“ präzisiert und im Hinblick auf den Forschungszweck definiert. Anschließend wird der aktuelle Forschungsstand beleuchtet. Im Anschluss daran wird, aufbauend auf einem Modell des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom Autor eine individuelle Agenda für wachstumsstärkende Strukturreformen abgeleitet.

### 2.1 Herleitungen wesentlicher Begriffe

In Anbetracht der Fragestellung kommt den Begriffen „Wachstum“ und „Reform“ eine zentrale Bedeutung zu. Mit „Wachstum“ ist hier „Wirtschaftswachstum“ als grundlegende Messgröße mit Blick auf den wirtschaftlichen Wohlstand eines Landes gemeint. Eine Forkussierung auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf bei der Messung des Lebensstandards würde zu kurz greifen, da sich aus den Kennziffern Konsumniveau, Vermögen, Einkommensgleichheit und Sicherheit umfassende Indikatoren für den Lebensstandard von Volkswirtschaften ermitteln lassen.<sup>123</sup> Van Suntum, Prinz und Uhde haben zum Beispiel einen Lebenszufriedenheitsindikator entwickelt, welcher der Tatsache Rechnung trägt, dass die „Maximierung des Wohlstands für Menschen in den Industrieländern kein dominierendes Merkmal mehr“<sup>124</sup> zu sein scheint – ein Indikator, der Hinweise geben soll, ob die Wirtschaftspolitik zur persönlichen Zufriedenheit der Bürger beigetragen hat.<sup>125</sup> Auch wenn die Diskussion um einen weiter gefassten Wohlstandsbegriff, welcher sich nicht ausschließlich auf monetäre Größen konzentriert, derzeit Teile der Fachwelt intensiv bewegt<sup>126</sup>, steht im Rahmen dieser

---

<sup>123</sup> Vgl. hierzu die Berechnungen des Centre for the Study of Living Standards und der Vereinten Nationen zum „Human Development Index“. Siehe dazu auch Schneider, 2004, S. 4.

<sup>124</sup> Van Suntum/Prinz/Uhde, 2010, S. 6.

<sup>125</sup> Ebd. S. 43.

<sup>126</sup> Es existieren empirische Studien, wonach der traditionelle Wachstumsbegriff, gemessen als BIP je Kopf, tendenziell einen zu hohen Wohlstand abbildet. So misst das BIP zwar die aktuelle wirtschaftliche Produktion, nicht aber die Umweltschäden, welche die Produktion verursacht. Müller, Mendelssohn und Nordhaus beschreiben beispielhaft eine Methode, mit der sich die Effekte von Umweltverschmutzung in BIP-Berechnungen einbauen lassen. Vgl. Muller/Mendelssohn/Nordhaus, 2011, S. 1649-1675.

Arbeit die Kennziffer Wirtschaftswachstum im Fokus, da Determinanten für wachstumsstärkende Reformen analysiert werden sollen.

Wird das Wirtschaftswachstum als Indikator für materiellen Wohlstand verwandt, hat sich in Deutschland die am BIP gemessene Wirtschaftsleistung je Einwohner seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts preisbereinigt mehr als verfünffacht.<sup>127</sup> Während sich in den 1950er Jahren das BIP pro Kopf im Vergleich zum Ende der 1940er Jahre noch verdoppelte, sanken die Wachstumsraten danach kontinuierlich. Zwischen 1993 und 2005 erreichte die BIP-Rate in Deutschland nicht ein einziges Mal den Durchschnittswert der EU-15-Staaten.<sup>128</sup> Seit 2006 befindet sich Deutschland mit dem Durchschnitt der EU-Länder wieder auf Augenhöhe. In den Jahren 2011 und 2012 hat sich Deutschland freilich als eines der EU-Länder mit den höchsten Wachstumsraten erwiesen.<sup>129</sup>

Die Determinanten des Wirtschaftswachstums wurden theoretisch wegweisend durch Solow und Swan analysiert.<sup>130</sup> 1956 entwickelten die beiden Wissenschaftler ein auf den Annahmen der neoklassischen Theorie basierendes Wachstumsmodell.<sup>131</sup> „Solow zeigte, dass sich Ökonomien zu einem Gleichgewicht hin entwickeln, in dem Output und Kapitalstock mit derselben Rate wachsen wie das Arbeitsangebot.“<sup>132</sup> Dabei kommt aus Sicht Solows technischem Fortschritt bei der Erklärung wirtschaftlichen Wachstums eine entscheidende Rolle zu. In den 1980er Jahren entwickelte Romer die Arbeiten Solows durch endogene Wachstumsmodelle weiter. Damit begründete er die Neue Wachstumstheorie, die den technischen Fortschritt modelltheoretisch zu erklären versucht. In den 1990er Jahren wurde das ursprüngliche Solow-Swan-Modell von Mankiw, Romer und Weil methodisch ausgebaut, indem der Faktor Humankapital in die Betrachtung einbezogen wurde.<sup>133</sup>

„Ähnlich wie Unternehmen in Maschinen investieren, um ihren Realkapitalstock zu bilden, so investieren Menschen in ihr Wissen, welches in der Literatur als Humankapital bezeichnet

---

<sup>127</sup> Vgl. IW Köln, 2011, S. 15.

<sup>128</sup> Vgl. Eurostat, 2010.

<sup>129</sup> Vgl. IW Köln, 2011, S. 16.

<sup>130</sup> Ein guter Überblick zur Wachstumsthematik findet sich bei Binswanger, 2006, Erber/Hageman, 2002 sowie Luks, 2001. Vgl. auch Solow, 1956, S. 65-94; Swan, 1956, S. 334-361.

<sup>131</sup> Hierfür wurde Solow später mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet.

<sup>132</sup> <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/neoklassische-wachstumstheorie.html> (Zugriff: 07.03.12)

<sup>133</sup> Vgl. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/neoklassische-wachstumstheorie.html> (Zugriff: 07.03.12)

wird.“<sup>134</sup> In Phasen intensiver Bildung wird häufig auf Einkommen verzichtet. Wenn die Qualifizierung abgeschlossen ist, können die Wirtschaftssubjekte dann auf höheres Einkommen hoffen. Der Unterschiedsbetrag zu den Einkommen jener Arbeitnehmer, die nicht in Qualifizierung investiert haben, wird als Bildungsrendite bezeichnet.<sup>135</sup> Humankapital stellt folglich, zusätzlich zum Realkapital, den zentralen Produktions- und Wachstumsfaktor dar.

„Die Produktion eines Arbeitnehmers hängt davon ab, welches technische Wissen generell verfügbar ist, welchen Teil er durch sein Humankapital nutzen kann und wie viel Realkapital ihm zur Verfügung steht... Barro, Mankiw und Sala-i-Martin gehen ... einen Schritt weiter und betonen, dass dem Faktor Humankapital bei offenen Kapitalmärkten eine überragende Rolle zukommt, da dieser wegen Kreditmarktrestriktionen (Humankapital ist ungeeignet als Sicherheit) relativ immobil ist. Realkapital sucht sich international den Standort mit der höchsten Rendite, welche wiederum vom verfügbaren Humankapitalstock und anderen Faktoren abhängt.“<sup>136</sup>

„Bei Investitionen in Realkapital und Humankapital unterliegen die Unternehmen und Individuen abnehmenden Grenzerträgen. Durch eine zusätzliche Einheit an Realkapital steigt die produzierbare Outputmenge, die Zunahme nimmt jedoch mit steigenden Investitionen ab. Die abnehmenden Grenzerträge sind insoweit von zentraler Bedeutung, als hierdurch ein Zustand erreicht wird, in dem bei gegebenen Investitionsquoten in Real- und Humankapital das neu entstehende Kapital mit den Abschreibungen im weitesten Sinne übereinstimmt, so dass der Kapitalstock an Wissen und Maschinen konstant bleibt beziehungsweise lediglich mit der Rate des technischen Fortschritts wächst.“<sup>137</sup>

Ein solcher Zustand wird als Steady-State-Gleichgewicht bezeichnet.<sup>138</sup> Wenn ein solcher gleichgewichtiger Wachstumspfad des realen BIP erreicht wird, „so wächst das BIP der Volkswirtschaft mit der Summe der Rate des technischen Fortschritts und der Bevölkerungswachstumsrate. Das BIP je Einwohner wächst entsprechend mit der Rate des technischen Fortschritts. Ist das aktuelle BIP je Einwohner kleiner als der Gleichgewichtspfad, so ist dar-

---

<sup>134</sup> IW Köln, 2005, S. 17.

<sup>135</sup> Vgl. ebd. sowie auch Becker, 1964, und Mincer, 1958.

<sup>136</sup> IW Köln, 2005, S. 17.

<sup>137</sup> IW Köln, 2005, S. 17-18.

<sup>138</sup> Vgl. [http://www.lkf.vwl.uni-muenchen.de/download/ss09/makro\\_vorl\\_5.pdf](http://www.lkf.vwl.uni-muenchen.de/download/ss09/makro_vorl_5.pdf) (Zugriff: 23.4.2012).

über hinaus ein Anpassungswachstum an den Pfad (bedingte Konvergenz) zu beobachten.“<sup>139</sup> Der Wachstumspfad lässt sich durch Einfluss der Politik verändern, wenn etwa vermehrt in Real- und Humankapital investiert wird. Das Modell kann auch durch die Investitionsquote des Staates erweitert werden. Wandeln sich die politischen Rahmenbedingungen, so kann daraus ein veränderter langfristiger Wachstumspfad auf einem anderen Niveau folgen.<sup>140</sup>

Nach dem Schlüsselbegriff „Wachstum“ wird im Folgenden der Begriff „Reform“ präzisiert. Im Brockhaus-Lexikon von 1898 wurde Reform als „planmäßige Umgestaltung bestehender Einrichtungen zur Abstellung der sich zeigenden Übelstände“ definiert – eine begriffliche Festlegung, die darauf hindeutet, Reform im Sinne eines, wie auch immer zu definierenden, politisch-gesellschaftlichen Fortschritts zu interpretieren.<sup>141</sup> Auch heute noch ist das Wort „Reform“ ein unbestimmter und weitgefasster Begriff, was Sarcinelli so beschreibt: „Die Unschärfe des Begriffs ergibt sich nicht nur aus wissenschaftlich-theoretisch unterschiedlichen Ableitungsmöglichkeiten, sondern mehr noch aus politisch kontroversen Bewertungen im Hinblick auf Richtung und Reichweite möglicher Veränderungen des Status Quo.“<sup>142</sup> Sarcinelli versteht unter Reform „die absichtsvoll herbeigeführte Veränderung des Status Quo. [...] Dabei können sich Reformen auf die institutionelle Ordnung selbst beziehen („polity“), auf Verfahren und Prozesse („politics“), auf Programme („policies“) sowie auf alle drei genannten Dimensionen des Politischen in ganz unterschiedlichen Mischungen“.<sup>143</sup>

Nach Altmann und Hösch betrachtet man Reformen heute allgemein als „Veränderungen innerhalb eines Gesamtrahmens eines bestehenden Systems“.<sup>144</sup> Keeler beschreibt Reformen als eine grundlegende Neuorientierung zuvor verfolgter Politik im Sinne einer substanziellen Veränderung oder Verstärkung: „reform is [...] defined as a policy innovation manifesting an unusually substantial redirection or reinforcement of previous public policy“.<sup>145</sup> Von Krockow spricht von „Reformanlässen“, wenn es sich um „erwiesene oder drohende Funktionsunfähigkeiten bestehender Institutionen, Schlüsselfiguren, Umverteilungsmechanismen

---

<sup>139</sup> IW Köln, 2005, S. 18.

<sup>140</sup> Vgl. ebd., 2005, S. 18.

<sup>141</sup> Vgl. Mikfeld/Schildmann, 2009, S. 26. Zitat ebd.

<sup>142</sup> Sarcinelli, 2008, S. 12.

<sup>143</sup> Ebd., S. 12-13.

<sup>144</sup> Altmann/Hösch, 1994, S. 9.

<sup>145</sup> Keeler, 1993, S. 525.

oder Kräfte des politischen Establishments“ handelt.<sup>146</sup> Sarcinelli argumentiert, Reformbedarf und -interesse entwickelten sich „aufgrund des gesellschaftlichen, politischen oder ökonomischen Problemdrucks, der von der Gesellschaft an die Politik herangetragen wird oder von Akteuren des politischen Systems auf die Agenda gesetzt oder erzeugt wird“.<sup>147</sup>

In Anlehnung an Pierson wird zwischen Programm- und Strukturreformen unterschieden: Programmreformen werden als „Justierungen bestehender Instrumente“<sup>148</sup> beschrieben, „Strukturreformen hingegen verändern die grundsätzliche Funktionslogik des jeweiligen Systems“.<sup>149</sup> Bogumil versteht den Begriff Reform als „Modernisierung, um strukturell verfestigte Institutionen zu verändern und insgesamt an Leistungsfähigkeit zu gewinnen“.<sup>150</sup> Pragmatisch handhabt Schneider den Begriff und kennzeichnet Reform als „Maßnahme, die das Wirtschaftswachstum mittelfristig erhöht“.<sup>151</sup> Was mit „mittelfristig“ gemeint ist, konkretisiert er freilich nicht.

Im Rahmen dieser Arbeit werden unter „wachstumsstärkenden Strukturreformen“ jene Reformen verstanden, die eine Volkswirtschaft mittelfristig auf einen höheren Wachstumspfad führen. Der Begriff „mittelfristig“ wird in diesem Zusammenhang mit einem Zeitraum von zwei bis fünf Jahren spezifiziert. Im Fokus dieser Arbeit, insbesondere in diesem Kapitel, stehen jene wachstumsstärkenden Maßnahmen, die dazu führen, dass eine Volkswirtschaft insgesamt, d.h., vor allem strukturell, deutlich an Leistungsfähigkeit gewinnt.

## 2.2 Forschungsstand

Vor dem Hintergrund des Phänomens des so genannten Reformstaus findet seit Ende der 1980er Jahre das Forschungsgebiet der Politischen Ökonomik marktwirtschaftlicher Reformen zunehmendes Interesse.<sup>152</sup> Zahlreiche theoretische Arbeiten beschäftigen sich vor allem mit den Hindernissen, die bei der Einleitung von wachstumsverbessernden Politikwechseln

---

<sup>146</sup> Von Krockow, 1976, S. 76.

<sup>147</sup> Sacrinelli, 2008, S. 13.

<sup>148</sup> Pierson, 2001, S. 412.

<sup>149</sup> Ebd.

<sup>150</sup> Bogumil, 2001, S. 19.

<sup>151</sup> Schneider, 2004, S. 3.

<sup>152</sup> Der Begriff wird verwandt von: Pitlik, 2005, S. 52.

auftauchen können.<sup>153</sup> In Anbetracht der bereits existierenden umfassenden theoretischen Literatur zu möglichen Bestimmungsgründen der Akzeptanz wachstumsstärkender Reformvorhaben scheint die Zahl empirischer Studien in einem vergleichsweise geringeren Ausmaß vorhanden zu sein. Überdies sind zahlreiche empirische Arbeiten als Fallstudien konzipiert, welche sich aus methodischen Gründen nicht verallgemeinern lassen. Folglich sind Länderpanelanalysen aus Erkenntnisgründen den Fallstudien vorzuziehen; ein Länderpanel untersucht grundsätzlich die Erfahrungen einer Gruppe von Ländern, wobei Querschnittsinformationen mit Zeitreiheneinformationen kombiniert werden.

Seit Anfang dieses Jahrtausends sind einige Studien erschienen, die der Frage nachgehen, warum das Phänomen des Reformstaus mit Blick auf umfassende Strukturreformen in verschiedenen Ländern mit extrem unterschiedlicher Geschwindigkeit angegangen wird. Im Rahmen von Länderpanelanalysen wurde daran gearbeitet, jene Faktoren zu identifizieren, die bei der Durchführung von wachstumsstärkenden Reformen eine unterstützende Rolle gespielt haben könnten. Diese Untersuchungen weisen einige relevante Übereinstimmungen auf.<sup>154</sup>

Lora ermittelt im Rahmen einer umfassenden Studie für lateinamerikanische Länder verschiedene Faktoren zur Erleichterung der Durchsetzung angebotsorientierter Reformen bei makroökonomischen Krisen.<sup>155</sup> Pitlik und Wirth führen diesen Ansatz für eine Gruppe von Industrie- und Entwicklungsländern weiter, wobei sie den Einfluss einer Reihe polit-ökonomischer und institutioneller Faktoren, wie etwa den Reifegrad von Demokratien, beobachten und auswerten.<sup>156</sup> Von ihnen werden ebenfalls Hinweise gefunden, dass wirtschaftliche Krisen die Durchsetzung wachstumsstärkender Strukturreformen befördern können. Empirische Resultate ihrer Untersuchung legen überdies die Schlussfolgerung nahe, dass demokratisch legitimierte Regierungen und eine balancierte Machtverteilung zwischen den einzelnen politischen Akteuren, basierend auf dem Demokratieprinzip der checks and balances, vorteilhaft zur Installation wachstumsstärkender Strukturreformen sein können.

---

<sup>153</sup> Überblicke zum Forschungsgebiet geben z.B. Rodrik, 1996; Tommasi/Velasco, 1996; Sturzenegger/Tommasi, 1998 und Drazen, 2000.

<sup>154</sup> Vgl. im Folgenden hierzu die fundierte Darstellung bei Heinemann et al., 2008, S. 64-68.

<sup>155</sup> Vgl. Lora, 1998.

<sup>156</sup> Vgl. Pitlik/Wirth, 2005.

Eine wegweisende Arbeit von Herz und Vogel führt diese Überlegungen weiter fort, konzentriert sich aber bewusst auf die Reformpolitik in verschiedenen Industrieländern. Im Gegensatz zu der Studie von Pitlik und Wirth wird von ihnen nicht nur die allgemeine wirtschaftspolitische Strategie untersucht, zusätzlich werden auch spezielle Reformdeterminanten ermittelt, z.B. für den Außenhandel und für die Güter- und Arbeitsmarktliberalisierung.<sup>157</sup> Dabei wird nicht nur der bewährte Index „Economic Freedom of the World“ (EFW) des kanadischen Fraser Institute genutzt, es kommen auch Teilindikatoren des EFW-Indexes zum Einsatz.<sup>158</sup>

Dreher, Lamla, Rupprecht und Somogyi haben die persönlichen Eigenschaften von Regierungschefs untersucht und überprüft, ob strukturbildende Reformen stets von den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen abhängig sind – oder ob auch die handelnden politischen Eliten einen bestimmenden Einfluss ausüben können. Auf Grundlage einer Untersuchung von mehr als fünfhundert Regierungschefs legen die Autoren dar, dass Ausbildung und berufliche Laufbahn von Regierungschefs einen signifikanten Effekt auf die Durchführung von Reformen aufweisen. Regierungschefs, die vor ihrer Amtszeit nicht als Unternehmer, Wissenschaftler oder Ökonomen arbeiten, haben hiernach nur eine sehr geringe Neigung zu marktwirtschaftlichen, wachstumsstärkenden Reformen.<sup>159</sup>

Nicht zum Einsatz kommt der EFW-Index bei Abiad und Moody. Sie betrachten die wirtschaftliche Freiheit nicht als gebündelten Index, sondern analysieren Reformprozesse auf dem Gebiet der Finanzmarktregulierung. Der von ihnen konstruierte Regulierungsindikator berücksichtigt unter anderem Zinskontrollen, Markteintrittsbarrieren, den Umfang an Staatseigentum bei Banken und Versicherungen sowie Einschränkungen bei internationalen Finanztransaktionen. Bei ihrer Analyse spielen konkrete Kontrollvariablen wie die Existenz von Bankenkrisen oder das Zinsniveau eine bedeutende Rolle. Überdies beziehen die Autoren Lernprozesse in ihre Modellierung ein, z.B. das Regulierungsniveau in angrenzenden Ländern. So lässt sich verifizieren, ob grenzüberschreitende Imitations- und Lerneffekte von Bedeutung für Reformprozesse sein können. In der Tat beweist die Signifikanz der verwendeten Variablen, dass regionale Diffusionsprozesse für Reform-, aber auch für

---

<sup>157</sup> Vgl. Herz/Vogel, 2005.

<sup>158</sup> Vgl. hierzu auch die Website des Fraser Institute: <http://www.freetheworld.com/> (Zugriff: 07.03.12).

<sup>159</sup> Vgl. Dreher/Lamla/Rupprecht/Somogyi, 2006.

Deregulierungsprozesse relevant sind. Zudem hat sich im Rahmen dieser Studie gezeigt, dass sich Deregulierungsprozesse nach ersten Deregulierungsschritten in der Regel akzelerieren.<sup>160</sup>

Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Analysen haben sich Helbling, Hakura und Debrun auf die Reformhistorien von Industrieländern fokussiert, da eine solche, vergleichsweise homogen ausgestaltete Gruppe die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Ergebnisse nicht durch diversifizierte Entwicklungsstände verzerrt werden, was bei der Einbeziehung von Entwicklungsländern tendenziell eher der Fall sein kann. Den Wissenschaftlern ist es gelungen, empirische Hinweise zur Überprüfung jener Hypothese zu finden, wonach eine vorteilhafte Haushaltslage die Deregulierung von Arbeits- und Produktmärkten vereinfacht.<sup>161</sup>

Eine solche Korrelation wurde von Heinemann dezidiert aufgegriffen und spezifiziert. Die Resultate seiner Studie weisen freilich nicht darauf hin, dass sich die haushaltspolitische Lage nach Durchführung von Reformmaßnahmen zum Schlechteren wenden muss; vielmehr kann die Liberalisierung von Güter- oder Produktmärkten auch Entlastungseffekte für öffentliche Haushalte nach sich ziehen. Budgetär nachteilige Situationen hat Heinemann vor allem für Reformen des Steuersystems und zum Teil für Arbeitsmarktreformen beobachtet.<sup>162</sup> In einer weiteren Studie inkludiert Heinemann auch Kontrollvariablen wie Medienverfügbarkeit oder Schulbesuch; sie können als Indikatoren für den Informations- und Bildungsstand der Bevölkerung gesehen werden. Nach Heinemann weist der Schulbesuch einen signifikant positiven Einfluss auf Reformen des öffentlichen Sektors auf. Die anderen Subindikatoren des EFW-Index werden hiervon jedoch nicht berührt.<sup>163</sup>

Die Antwort auf die Frage, ob die Europäische Währungsunion Strukturreformen der teilnehmenden Länder erschwert haben könnte, wird von Duval und Elmeskov tendenziell bejaht. Die Autoren kommen mittels einer Regressionsanalyse zu der Einschätzung, dass Autonomie in der Geldpolitik zumindest bei relativ großen Staaten die Geschwindigkeit der Umsetzung struktureller Wachstumsreformen positiv beeinflussen kann.<sup>164</sup> Konträr hierzu positionieren sich Belke, Herz und Vogel, die einen begünstigenden Einfluss von sinkender

---

<sup>160</sup> Vgl. Abiad/Moody, 2005.

<sup>161</sup> Vgl. Helbling/Hakura/Debrun, 2004.

<sup>162</sup> Vgl. Heinemann, 2006.

<sup>163</sup> Vgl. Heinemann, 2004.

<sup>164</sup> Vgl. Duval/Elmeskov, 2005.



Wechselkursflexibilität auf Strukturreformen sowie auf Reformen des Finanzsektors und des monetären Systems konstatieren.<sup>165</sup> Mit Hilfe einer Panelanalyse ermittelten Buti, Turrini und Röger, welche Faktoren die Beziehung zwischen einer fiskalischen Konsolidierung und der Durchführung von wachstumsorientierten Strukturreformen prägen können; hierbei wurden die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts besonders berücksichtigt. Durch ein formales Modell legen sie dar, dass - abhängig von der Weitsichtigkeit der Regierungen - strukturelle Wachstumsreformen fiskalische Disziplin ersetzen oder zumindest ergänzen können. Die Ergebnisse ihrer Untersuchungen haben illustriert, dass die Einführung der Maastricht-Kriterien<sup>166</sup> die Wahrscheinlichkeit einer Durchführung von Arbeitsmarktreformen bemerkenswerterweise nicht erhöht hat.<sup>167</sup>

In einer aktuellen Untersuchung haben sich zudem Mikosch und Sturm in einer umfassenden Analyse mit der Frage nach den Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf Lohnwachstum und Arbeitslosigkeit befasst.<sup>168</sup> Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass die These, der Euro habe das Lohnwachstum und die Arbeitslosigkeit in Europa verringert, sich empirisch nicht bestätigen lässt. Eschbach hat mit Hilfe von Querschnitts-, Zeitreihen- und Panelanalysen die Determinanten der öffentlichen Sozialausgaben in 21 OECD-Ländern seit 1980 analysiert.<sup>169</sup> Als Ergebnis stellt er den zentralen Einfluss der demografischen Entwicklung auf die Entwicklung der Sozialausgaben heraus.

Im Rahmen einer Bewertung des Forschungsstands wird evident, dass die empirischen Studien zum Thema Reformstau bislang vor allem ökonometrischer Natur sind, im Wesentlichen basierend auf Länderpanelanalysen, Querschnittsinformationen mit Zeitreiheninformationen kombinierend. Was bislang fehlt, ist eine Quantifizierung von subjektiven Einstellungen verschiedener Stakeholdergruppen gemäß ökonomisch nachprüfbarer Kriterien. Zwischen den

---

<sup>165</sup> Belke/Herz/Vogel, 2005.

<sup>166</sup> Die Maastricht-Kriterien wurden im sogenannten Maastricht-Vertrag festgelegt. Danach muss ein Mitgliedsland der EU folgende Kriterien erfüllen, wenn es die europäische Einheitswährung nutzen will: Das Handelsdefizit darf nicht mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen; die Schuldenquote darf nicht mehr als 60 Prozent des BIP ausmachen; die Inflationsrate darf nicht mehr als 1,5 Prozent über dem Durchschnitt der drei besten EU-Länder liegen.

<sup>167</sup> Vgl. Buti/Röger/Turrini, 2007.

<sup>168</sup> Vgl. <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2011/07/positiv-oder-negativ-einfluss-des-euro-auf-den-arbeitsmarkt/> (Zugriff: 07.03.12).

<sup>169</sup> Vgl. Eschbach, 2011.

ökonometrischen Modellen der Forschungsinstitute und Think-Tanks auf der einen Seite und den populären Meinungsumfragen von Medien und Umfrage-Instituten auf der anderen Seite klafft eine Forschungslücke, zu deren Schließung diese Arbeit einen Beitrag zu leisten versucht. Mit Hilfe einer Analyse von Kategorien wie Reformakzeptanz und persönlicher Opferbereitschaft wird ein multidimensionaler Blick auf das Thema Durchsetzung von komplexen, wachstumsstärkenden Reformen geworfen. Hierzu wird ein interdisziplinärer Ansatz gewählt, der mögliche Reformdeterminanten mit wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Methoden analysiert. Im Fokus stehen dabei zum einen die Berücksichtigung von sogenannten weichen Faktoren wie Normen und Werten, welche in der Ökonomie lange als gegeben betrachtet und häufig ausgeklammert wurden. Zum Zweiten wird ein klassischer Paneldatensatz mit zentralen volkswirtschaftlichen Kennziffern zur ergänzenden Objektivierung aufgesetzt.

## **2.3 Entwicklung einer Agenda für wachstumsstärkende Strukturreformen**

Im Folgenden wird der Terminus „Wachstumsstärkende Strukturreformen“ in einzelne Unterpunkte zerlegt, erscheint notwendig, um den Begriff operationalisieren zu können. Die in diesem Kapitel formulierte Agenda für eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsbelebung folgt einer konsistenten Systematik, abgeleitet aus einem Modell des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.<sup>170</sup>

Als sogenannte Wachstumstreiber hat der Sachverständigenrat zum einen das Wachstum der Vorperiode, zum anderen die Bruttoanlage-Investitionen des Unternehmenssektors, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, gewählt. Weiterhin wurde das Wachstum der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren betrachtet. Als nächste Variable wurde das Humankapital, gemessen als Zahl der durchschnittlichen Jahre, die der Einzelne für formale Bildung aufgewendet hat, verwendet. Zudem wurden die Bruttoanlagen-Investitionen des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verwandt. Eine weitere Variable stellt die Abgabenquote dar, die sich nach Definition des SVR aus direkten Steuern, indirekten Steuern und aus Sozialbeiträgen der Unternehmen und privaten Haushalte in Relation zum BIP zusammensetzt. Abschließend wurde das staatliche Defizit in Form des Finanzierungssaldos im Verhältnis

---

<sup>170</sup> Vgl. SVR, 2002, S. 594 ff.

Wege aus dem Reformstau  
Zentrale Determinanten bei der Akzeptanz  
wachstumsstärkender Strukturreformen  
Enzweiler, T.  
2013, XXVI, 300 S. 16 Abb., Softcover  
ISBN: 978-3-658-01221-2